

Die Sowjetdiplomatie ein Rätsel?

W.H. Schon seit nun fast drei Jahren rätseln die Diplomaten und Journalisten aller Länder an der Sowjetdiplomatie herum. Jede neue Konferenz, an der sowjetrussische Delegierte teilnehmen, gleichgültig, ob es sich um internationale Wirtschafts- oder politische Zusammenkünfte handelt, beschäftigt sich mit dieser Frage. Zu einer Lösung des "Sowjeträtsels" kommt sie jedoch fast nie. Unseres Erachtens gibt es aber eine Antwort auf die Frage nach dem wirklichen Ziel der Sowjetdiplomatie. In kurzen Worten: ihr ausserordentlich allen Menschen so rätselhaft anmutender Zweck ist lediglich darauf gerichtet, alles zu tun, um ihren Staat vor einem militärischen Grossangriff zu schützen und im Falle eines derartigen Angriffs der Sowjetunion den Sieg über die Angreifer zu sichern und gleichzeitig alles zu unterlassen oder sich allem zu widersetzen, was ein Vertrauen in die friedliebende Loyalität der grossen Weltdemokratien zur Voraussetzung hätte.

Diese Einstellung der Sowjetdiplomatie ist keineswegs neu. Seit 1919 wird die in diese Richtung weisende Linie konsequent von ihr durchgeführt. Alle jemals gehaltenen Reden der führenden sowjetrussischen Politiker wie Lenin, Trotzki, Bucharin, Sinowjew, Stalin und Molotow, alle Beschlüsse der kommunistischen Parteitagungen und alle Richtlinien der Kongresse der Dritten Internationale verweisen immer wieder auf die Gefahr eines "Interventionskrieges". Sie befürworteten deshalb auch eine stete militärische Bereitschaft.

Man geht fehl, wenn man mit dem Argument kommt, die Sowjetregierung wolle den Krieg, im Gegenteil, auch sie will ihn um jeden Preis vermeiden. Ihr Ziel ist zwar die kommunistische Weltüberwindung. Aber sie will diesen Endzweck (im Gegensatz zu Hitler) ohne das für sie besonders grosse Risiko eines internationalen Krieges erreichen.

Die Sowjetdiplomatie, die auf eine nun dreissigjährige Erfahrung zurückschaut, arbeitet daher immer auf Widerruf. Sie weiss sehr wohl, dass ein geordnetes Zusammenleben der Völker, insbesondere aber der Grossmächte, nie lange währen kann; in einer Zeit der wirtschaftlichen Katastrophe wie heute schon gar nicht. Sie hat auch keineswegs das Interesse an einer internationalen wirtschaftlichen und politischen Verständigung, da dies ihr Endziel in unerreichbare Ferne rücken würde. Deshalb teilt sie alle Staaten der Welt in zwei Gruppen ein: die ihrer Politik genehmen und ihr untergeordneten Satellitenstaaten und die ihr feindlich gestimmten sog. bürgerlichen Nationen. Letztere zerfallen wieder in zwei Untergruppen, in bereits kommunistisch versuchte schwache und in starke Staaten, in denen eine kommunistische Bewegung keine Aussicht auf Erfolg oder Machtzunahme hat. Für jede Gruppe, ja für jeden dieser einzelnen Staaten hat die Sowjetdiplomatie eine ihnen besonders angepasste Politik bereit. Dadurch bekommt die von ihr geführte Politik das Aussehen eines unverständlichen und kapriziösen wirkenden Zickzackkurses, der sich aber gerade für die unsichere wirtschaftliche und politische Weltlage, für das "Weder ja noch nein" und somit für Ablenkungs- und Verschleppungsmanöver ausgezeichnet eignet.

Man darf die Sowjetpolitik ruhig mit einer Liquidationspolitik vergleichen. Da sie nicht an ein Fortbestehen der bürgerlich-demokratischen Welt glaubt, plant sie die Liquidation aller freiheitlichen Staaten und arbeitet dieser Liquidation entsprechend vor. Nationen wie Deutschland, Indien, China und das britische Imperium müssen auseinanderfallen. Frankreich und Italien werden durch kommunistische Unterminierungsarbeiten und revolutionäre Störung zum Zusammenbruch getrieben. Die kleinen Staaten werden entweder für die sowjetrussischen Zwecke wirtschaftlich und dann politisch dienstbar gemacht und in ein entsprechendes Abhängigkeitsverhältnis gebracht oder einzeln unterthan. Und die USA? Sie allein bleibt der grosse und gefährlichste Gegner. Kein Wunder also, wenn von der Sowjetunion der Marshallplan abgelehnt wird.

Die bereits erzielten Erfolge der Sowjetpolitik sprechen eine deutliche Sprache. Ihr Ziel ist absolut nicht rätselhaft, sondern recht klar und eindeutig. Das beweist nicht nur die Berichtigung eines strategischen Staatengürtels um die Sowjetunion selbst mit Korea, Mandschurei, Mongolei, Sinkiang, Aserbaidschan, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Polen, Ostdeutschland, den Baltischen Staaten und Finnland (nur Griechenland und die Türkei fehlen in diesem Ring noch), sondern auch die Rückverlegung der gesamten Kriegsindustrie und der Atomstädte hinter den Ural, Ausbau von unterirdischen Städten in Mittelasien (Kasnez-Becken, wo schon jetzt für alle Ministerien riesige Unterstände zwischen 800 und 1000 Meter Tiefe mit grossen Munitions- und Lebensmittellagern erbaut werden (s. Basler Zeitung vom 10. Juli 1947)). Das Stadium des neuesten Fünfjahresplanes der Sowjetunion bietet den besten Kompendium für die Sowjetdiplomatie. "Rätsel" kann sie nur für die Staatsmänner haben, die diese Katastrophie nicht sehen wollen. Für Deutsche aber haben durch 15 Jahre Hitleregime Scherenaugen und ein besonders fein ausgeprägtes Gefühl für eine derartige "Diplomatie" bekommen. Die Mahlaussage in den Western waren dafür der beste Beweis.
(b/847/187/1/ho)

Umorientierungen in der französischen Gewerkschaftsbewegung

Von unserem Pariser Korrespondenten A. Frisch

Die wenig erfreuliche Entwicklung, die die französische Gewerkschaftsbewegung zur Zeit erlebt, verdient über die Grenzen dieses Landes hinaus Beachtung. Nach der Befreiung Frankreichs nahm der Allgemeine Gewerkschaftsbund (C.G.T.) einen ungeheuren, bisher nie gekannten Aufschwung. Seine Mitgliederzahl steigerte sich rasch auf rund acht Millionen. Noch vor wenigen Monaten stellte er unbestreitbar die grösste Macht im State dar. Aber seit Beginn dieses Jahres befindet er sich langsam und unverkennbar im Abstieg. Die letzten Streikbewegungen wurden ausserhalb seiner Reihen und oft gegen den Rat seiner Führer beschlossen. Der geheimnisvolle Dirigent, von dem der Ministerpräsident Rocard gesprochen hat, ist nicht in den Reihen der kommunistischen Gewerkschaftsführer zu suchen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach in der von trotzkistisch-syndikalistischen Elementen ausgeüteten Verbitterung der Arbeitermassen.

Die verantwortlichen Posten der C.G.T. sind mitunter bis zu 90 Prozent mit Kommunisten besetzt. Nach und nach wurden die Gewerkschaften zum Werkzeug der kommunistischen Politik, deren wiederholte Forderungen sie mitmachen mussten. Die Arbeiter, die als Masse nicht dieselbe politische Geschmeidigkeit haben können wie die kommunistischen Führer, fühlten sich vor den Kopf gestossen und verloren mehr und mehr das Vertrauen in ihre gewerkschaftliche Leitung. Dazu kam bei ihnen das Bewusstsein, dass die Gewerkschaftsbürokratie allmählich den Kontakt mit den Massen verlor und gewissermassen verbanzte. Die Kommunisten verliessen die Regierung Rocard bezeichnenderweise in dem Augenblick, als sie zum ersten Mal bemerkten, dass sie die bisher ausgeübte Kontrolle über die Arbeiter zu verlieren drohten.

Der Mangel an Demokratie innerhalb der C.G.T. stärkte ebenfalls die Misstimmung der Arbeiter. Autoritäre Beschlüsse und Einschüchterungen verschiedenster Art bildeten keine Ausnahmen mehr. Die Oppositionsstellung der Kommunisten konnte das Abgleiten der C.G.T. nicht aufhalten, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Kommunisten nicht auf die Verengung von Politik und Gewerkschaftsarbeit verzichtet haben. Es wird für die Arbeiter von Tag zu Tag offensichtlicher, dass die kommunistischen Führer aus rein politisch-taktischen Gründen im Augenblick keine grossen Streiks wünschen. Die Kommunisten geben einer letzten Kraftprobe mit der Regierung aus dem Wege, weil sie das G-fühl haben, dass sie dabei unterliegen müssen. Sie wollen unter allen Umständen, hauptsächlich aus ausserpolitischen Erwägungen heraus, ihre Machtstellung im State, als trotzendes Oppositionselement, erhalten. Es liegt in ihrem Interesse, die Streikbewegung abzubremsen, aber damit laufen sie Gefahr, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu steigern.

Während sich also die C.G.T. ständig mehr politisiert, bemühen sich im Gegenteil die christlichen Gewerkschaften (C.F.T.C.), sich von der Politik loszulösen und die Bindungen mit der katholischen republikanischen Volksbewegung (M.R.P.) möglichst zu lockern. Der vor kurzer Zeit in Paris stattgefundenen Kongress der C.F.T.C. war in dieser Beziehung höchst aufschlussreich. Durch eine, an sich wenig wichtige, Statutenänderung wollten die christlichen Gewerkschaften zunächst zu verstanden geben, dass sie kein soziales Kampfmittel der Kirche sein wollen. Sie beriefen sich bisher auf die Grundsätze der Enzyklika "Humani Generis".

In Zukunft werden sie sich nur noch, in allgemeiner Form, von den Grundsätzen der christlichen Moral leiten lassen. Der Leiter der C.F.T.C., Tessier, hat ausserdem klar zu verstehen gegeben, dass sein Verband völlig unabhängig von jeder politischen Partei ist, d.h. praktisch vom K.F. für die unmittelbare Zukunft wichtiger ist die Ersterkung des linken Flügels, der sich hauptsächlich auf die Arbeitergewerkschaften stützt. Letztes Jahr vereinigten die Angestellten und Beamten 70 Prozent der Mandate auf sich, dieses Jahr lediglich noch 55 Prozent. Es ist zu erwarten, dass die C.F.T.C. sich nunmehr zu einer ungeringeren Vertretung der Arbeiterinteressen entschliessen wird.

Eine noch ernstere Gefahr bedroht die C.G.T. zu ihrer Linken. Mitte letzten Jahres hatte eine kleine Anzahl von Mitgliedern als Protest gegen die zunehmende Politisierung der Gewerkschaften die C.G.T. verlassen und im Dezember eine eigene, unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die Fédération Nationale du Travail - C.N.T. - ins Leben gerufen. Diese hat sich erstaunlich rasch entwickelt, besitzt Sektionen in fast allen Teilen des Landes und nähert sich bereits einer Mitgliederzahl von einer halben Million. Die C.N.T., die für die Auslösung der meisten Streiks der letzten Wochen verantwortlich ist, verlangt eine von jeder Partei unabhängige Arbeitervvertretung, im Sinne des klassischen, französischen Syndikalismus, wie er seinen Ausdruck in der Chartre von Amiens (1906) gefunden hat. Sie will die materiellen Interessen der Arbeiter mit allen legalen Mitteln verteidigen, ohne Rücksicht auf die politische Stellung der Regierung oder die augenblickliche Wirtschaftsstruktur. Es besteht kein Zweifel, dass bei den heutigen Verhältnissen die C.N.T. in dem Herzen der Arbeiterschaft grossen Anhang finden wird. Bingeübte Kräfte hätten es nicht für ausgeschlossen, dass es ihr gelingt, in kurzer Zeit die C.G.T. an Bedeutung zu übertreffen, besonders wenn der Allgemeine Gewerkschaftsbund auch weiterhin einer politisch-kommunistischen Führung unterworfen bleibt.

Eine deutliche Farnung ist in dieser Beziehung das Stärkeverhältnis in den Renaultwerken. Vor einem Jahr genoss dort die C.G.T. beinahe eine Monopolstellung und erfasste 25 000 Arbeiter. Heute beträgt ihre Mitgliederzahl nur noch 3000, gegen 5000 für die C.F.T.C. und 3000 für die sehr junge C.N.T. Über die Hälfte der Belegschaft befindet sich in einer abwartenden Neutralität. Die Lage soll in der gesamten Metallarbeiterchaft dergleichen sein.

Von echter Demokratie

Es scheint, dass in den letzten beiden Jahren kein Wort mehr gebraucht und missverstanden wurde als das Wort Demokratie. Und es ist offensichtlich, dass die Masse unseres Volkes keine rechte Vorstellung hat von dem, was Demokratie ist, welche hohen, sittlichen Kräfte ihr innewohnen, und wie sie allein Genühe bietet dafür, dass der Zweck des Staates mit den Anliegen aller Einzelwesen abgestimmt wird, die er umschliesst.

Deutschland fehlt so gut wie jede demokratische Tradition. Der Versuch im Weimar-Staat, "Demokratie" zu begründen, wurde im Keime erstirbt von brutalen Gegnern, die an Stelle des Fruchtbaums eine Biene zu pflanzen gedachten, das "unzerstörbare tausendjährige Reich". Man wollte "Merk", wo Gesundheit nützlicher gewesen wäre, "Härte" anstatt Beharrung, setzte "Haltung", die dem Machtwillen entspreng, vor jegliches Recht. Den wenigen "Bosten" sollte die Mehrheit sich fügen, der "Allerbeste" sollte Führer sein.

Der schon in erster Phase unglückliche Weimar-Staat wurde mit allen seinen Gebrechen als Musterbeispiel dafür angesehen, was Demokratie sei, sein Parlamentarismus als "symptomatisch" hingestellt, der Zuspaltung und Korruption geziehen. Kein Wunder also, wenn der Hinweis auf die Demokratie, zumal durch die Siegmächte, bisweilen Skepsis auslöst oder Misstrauen, bei allen denen vorweg, die ein festgefügtes demokratisches Weltbild nicht besitzen.

Andere wieder glauben ernstlich, dass Demokratie nur ein süsseres Merkmal wäre, wie etwa der Name einer Firma; denn es nur zu ändern gelte, um das ursprüngliche Ansehen herzustellen, wenngleich man hinter verschlossener Tür verbotenen Handel weitertreibe.

Es gibt aber auch unter den Aufgeklärten solche, die Demokratie nur als eine Ausserlichkeit betrachten, als "Organisationsform" und "Staatsgebilde", die das Faktum seien und nicht das Fatum.

Schuld an dieser Verwirrung scheint der Mangel eines Beispiels, der "Musterdemokratie", nach der man sich richten könne, denn - das hat man längst erkannt; auch die Demokratien um uns sind keine fehlerlosen Gebilde. Keine menschliche Einrichtung ist vollkommen, der Mensch als Einzelmensch nicht, auch nicht die Familie, nicht die Gemeinde, nicht der Staat. Aber Aufgabe ist es, nach der möglichst vollkommenen Gesellschaft zu streben. Schon der Mitleid dazu hat die Menschheit vorwärtsgebracht. Die Abkehr von solchem Zukunftsstreben bedeutet Stillstand, oder Rückfall auf eine tiefere Kulturstufe... schreibt Julius Zerrfass in seiner Abhandlung "Von Untertan zum freien Bürger".

Es ist offensichtlich, dass uns grosse demokratische Lehrmeister mangeln. Zwar bewegt sich jede Partei im Nebel der Vorstellung einer künftigen Demokratie, aber dieser Nebel ist jeweils mit anderen Doktrinen durchdringt. Als ob wir nicht die Luft rein atmen wollten, wären wir alle bedürftig, kein gemeinsamer Himmel sich über uns wölbe, jenen hohen Lebenszweck entsprechend, nach dem wir allesamt begehren.

Erst wenn die Parteien sich klar sind, dass Demokratie mehr bedeutet als Tages- oder parteipolitisches Attribut, weises Zusammenwirken vielmehr notwendig ist, um die Form des Gefässes Demokratie, erst recht aber seinen Inhalt zu bestimmen, besteht Aussicht auf Gründung einer wahrhaften, das heisst sozialistischen Demokratie; die Recht und Freiheit für Besitzende und Besitzlose in gleicher Weise verankert, geistige und materielle Güter allen gemeinsam unterstellt - ungeachtet des Aussehens der Person, der Rasse und Herkunft oder des religiösen Bekenntnisses.
(b/B56/147/ju)

Norwegische Sozialisten besuchen Dr. Schumacher

In "Arbeiderbladet", der grossen Tageszeitung der norwegischen Sozialdemokraten schreibt Rolf Gerhardsen:

"Dr. Kurt Schumacher sitzt beim Fenster in einem kahlen Kontor in Hannover, dem Hauptsitz der Sozialistenpartei in den westlichen Zonen. Unmittelbar vor dem Hause liegen Ziegelhaufen. Auf einigen von ihnen sind kleine, schwarze Kreuze. Das bedeutet, dass die Ruinen noch nicht untersucht sind; es liegen noch Leichen unter ihnen. Einige zackige Skelette, die einmal Häuser waren, steigen unbegreiflich hoch gegen den Himmel. Sie flankieren Schumacher, der dort sitzt, einarrig und nervös, ein Leiter der deutschen Sozialisten. Es klingt brutal; aber er sieht aus wie ein menschliches Traak. Und der Hintergrund zeigt nur totale Zerstörung. Das Ganze wirkt so unendlich, trostlos, genau gesagt symbolisch für das harte Deutschland. Man müsste ein Herz aus Stein haben, um nicht er-

Der schon in erster Phase unglückliche Weimar-Staat wurde mit allen seinen Gebrechen als Musterbeispiel dafür angesehen, was Demokratie sei; sein Parlamentarismus als "symptomatisch" hingestellt, der Zwiespältigkeit und Korruption geziehen. Kein Wunder also, wenn der Hinweis auf die Demokratie, zumal durch die Siegermächte, bisweilen Skepsis auslöst oder Misstrauen, bei allen denen vorweg, die ein festgefügt demokratisches Weltbild nicht besitzen.

Andere wieder glauben ernstlich, dass Demokratie nur ein Ausseres Merkmal wäre, wie etwa der Name einer Firma; dem es nur zu ändern gelte, um das ursprüngliche Ansehen herzustellen, wenngleich man hinter verschlossener Tür verbotenen Handel weitertreibe.

Es gibt aber auch unter den Aufgeklärten solche, die Demokratie nur als eine Ausserlichkeit betrachten, als "Organisationsform" und "Staatsgebilde", die das Faktum seien und nicht das Fatum.

Schuld an dieser Verwirrung scheint der Mangel eines Beispiels, der "Masterdemokratie", nach der man sich richten könnte, denn - das hat man längst erkannt; auch die Demokratien um uns sind keine fehlerlosen Gebilde. Keine menschliche Einrichtung ist vollkommen, der Mensch als Einzelwesen nicht, auch nicht die Familie, nicht die Gemeinde, nicht der Staat. Aber Aufgabe ist es, nach der möglichst vollkommenen Gesellschaft zu streben. Schon der Wille dazu hat die Menschheit vorwärtsgebracht. Die Abkehr von solchem Zukunftsstreben bedeutet Stillstand, oder Rückfall auf eine tiefere Kulturstufe... schreibt Julius Zeffass in seiner Abhandlung "Vom Untertan zum freien Bürger".

Es ist offensichtlich, dass uns grosse demokratische Lehrmeister mangeln. Zwar bewegt sich jede Partei im Nebel der Vorstellung einer künftigen Demokratie, aber dieser Nebel ist jeweils mit anderen Doktrinen geschwängert. Als ob wir nicht die Luft rein atmen wollten, deren wir alle bedürfen, kein gemeinsamer Himmel sich über uns wölbe, jenem hohen Lebenszweck entsprechend, nach dem wir allesamt begehren.

Erst wenn die Parteien sich klar sind, dass Demokratie mehr bedeutet als tages- oder parteipolitisches Attribut, weises Zusammenwirken, vielmehr notwendig ist, um die Form des Gefässes Demokratie, erst recht aber seinen Inhalt zu bestimmen, besteht Aussicht auf Gründung einer wahrhaften, das heisst sozialistischen Demokratie; die Recht und Freiheit für Besizende und Besizlose in gleichem Masse verankert, geistige und materielle Güter allen gemeinsam unterstellt - ungeachtet des Aussehens der Person, der Rasse und Herkunft oder des religiösen Bekenntnisses.
(b/B56/147/ju)

Norwegische Sozialisten besuchen Dr. Schumacher

In "Arbeiterbladet", der grossen Tageszeitung der norwegischen Sozialdemokraten schreibt Rolf Garhardsen:

"Dr. Kurt Schumacher sitzt beim Fenster in einem kahlen Kontor in Hannover, dem Hauptsitz der Sozialistenpartei in den westlichen Zonen. Unmittelbar vor dem Hause liegen Ziegelhaufen. Auf einigen von ihnen sind kleine, schwarze Kreuze. Das bedeutet, dass die Ruinen noch nicht untersucht sind; es liegen noch Leichen unter ihnen. Einige zuckige Skelette, die einmal Häuser waren, steigen unbegreiflich hoch gegen den Himmel. Sie flankieren Schumacher, der dort sitzt, einarmig und nervös, den Leiter der deutschen Sozialisten. Es klingt brutal; aber er sieht aus wie ein menschliches Trank. Und der Hintergrund zeigt nur totale Zerstörung. Das Ganze wirkt so unendlich, trostlos, genau gesagt symbolisch für das heutige Deutschland. Man müsste ein Herz aus Stein haben, um nicht er-

griffen zu werten von diesem eigenartigen, tragischen Bild, dem man in dem armseligen Kötter in Hannover begegnet. Dem Manne gelingt es nicht, die tiefen Wunden zu verbergen, die er in vielen und langen Jahren der Gefangenschaft erhalten hat. Ständig wechselt sein Gesichtsausdruck. Es ist schwer, einen ordentlichen Begriff von diesem Schicksal zu bekommen, das schon Geschichte geschrieben hat. Doch eines ist uns klar: er ist ein starrer Kämpfer, ein wohlgerüsteter Geist. Sicher ist, dass wir seinem Typus unter dem "Herrenvolk" auf den Strassen Oslas niemals begegneten...

Schumacher hat mehr Feinde als irgendein anderer lebender Deutscher, trotz des grossen Zulaufes zur Sozialdemokratie. Jeden Tag bekommt er Drohbriefe. Er wird gehasst von den früheren Nazisten, von den Offizieren, von den Männern der Grossindustrie und von den Kommunisten. Er steht zuoberst auf den schwarzen Listen der Russen, denn er trägt die Hauptverantwortung dafür, dass die kommunistische "Einheitspartei" in den westlichen Zonen nicht Fuss gefasst hat. Schumacher ist Demokrat und der starke Fürsprecher des Individuums. Er weist mit grossen Nachdruck darauf hin, dass die Kommunisten nur die Farbe der Tyrannei von braun auf rot umändern wollen.

Während des Gesprächs erzählt er, dass die Russen just nun ein neues Konzentrationslager in Mecklenburg errichtet hätten, in dem mindestens 5000 Sozialisten gefangen sitzen. Auch in den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen gibt es viele Sozialisten. Binahe jeden Tag kommen politische Flüchtlinge über die Grenze von der Ostzone. Schumacher sagt, dass die sozialistische Partei guten Kontakt mit der Ostzone halte, aber er leugnet nicht, dass dieser Kontakt grosse Opfer erfordere.

Es ist die Auffassung Schumachers, dass die Teilung Deutschlands dem Chauvinismus neue Nahrung gäbe. Im Augenblick sei es die Not und das Flüchtlingsproblem, welche den Grund für eine neue nationalistische Bewegung legten. Die deutschen Sozialisten versuchten mit allen Kräften, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Wir wissen, dass ein neuer Nationalismus in Deutschland das grösste Hindernis für die Demokratie wäre, sagt er. Es wäre im Augenblick von uns vielleicht taktisch klug, auf den nationalistischen Seiten zu spielen, aber wir lehnen das ab.

Wir haben in den Westzonen gehungert und gefroren, sagt Schumacher weiter und wahrscheinlich wird es im kommenden Winter noch ärger werden, aber - wir können auf jeden Fall frei stimmen und reden, wir können unsere Organisationen frei entwickeln. Wir können auch ruhig zu Bett gehen.

Über den Wiederaufbau bemerkt Schumacher: "Sieh selber!" Jeder, der in Deutschland reist, stellt sehr schnell fest, wie wenig geschafft wurde, es ist der Mangel an Nahrung, Kleidern und Wohnungen, dazu kommt die politische Verwirrung und endlich auch die Schwierigkeiten, die ein Okkupationsregime mit sich bringt.

Das Verhältnis zu den Okkupationsmächten ist "sowohl als auch", sagt Schumacher. Es sei leicht, mit den leitenden Kräften in der Zivilverwaltung zusammenzuarbeiten, aber, dasselbe über die Militärs zu sagen, vermag Schumacher nicht. Dort begegnen wir dauernd Schwierigkeiten, meint er. Die Engländer versuchten, ihr eigenes System in Deutschland einzuführen. Sie vergässen dabei aber, dass sowohl die politischen als auch die ökonomischen Voraussetzungen in den beiden Ländern höchst verschieden seien. Aber hätten die Engländer ein Wort gesagt, so hätten sie es auch. Wenn es den Potsdam-Vertrag gälte, so gingen sie darin vielleicht zu weit, denn die anderen Okkupationsmächte hielten sich nicht an diesen Vertrag.

Auf die letzte Frage: "Rechnest Du mit einer langen Okkupation Deutschlands?" erwidert Schumacher: "Wir haben allen Grund, dies zu fürchten, besonders nach dem Ergebnis der Moskauer Konferenz."

Europäismus

Die Pariser Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit dauerte drei Tage. Es war eine der kürzesten internationalen Tagungen. Da eine Nation fehlte, fielen die glänzenden Rededuelle aus, man bildete statt dessen Arbeits- und Koordinierungsausschüsse. Während zum Beispiel in Locarno und auf allen anderen Konferenzen vor dem zweiten Weltkrieg die Wiederherstellung oder die Erhaltung der Souveränität der Völker als ein geheiligtes Ziel angesehen wurde, sprach man in Paris von der notwendigen Überwindung des Nationalismus - eine Forderung, die bisher nicht überall begriffen wurde. 16 Nationen waren bereit, europäisch zu handeln - und niemand wandte sich gegen Deutschland.

+

Panslawismus

Als die Russen den Stettiner Hafen an Polen übergaben, war dies ein Vorwand für einen "Tag des Panslawismus", auf dem sehr viele Reden nicht für Europa gehalten wurden. Die Idee des Panslawismus ist ein schwaches Deutschland. "Es bleibt unser Putsch", sagte Nikolajew in Moskau, "Deutschland geschlagen, entwaffnet und kontrolliert zu sehen." Eine Politik, die mit Gefühlen beschwert, der Vergangenheit verhaftet ist. Es ist sehr die Frage, ob Aufbau und Wohlstand mit einem negativen Programm zu erzielen sind, ob der Panslawismus unter seiner Ideologie nicht eher zu leiden hat als dass er konstruktiv wirken kann.

+

Nationalismus

Molotow erklärte kürzlich: "Die nationale Lebenskraft der Völker bildet ein Kräftepotential, das jeder ausländischen Hilfe für einen Wiederaufbau Europas überlegen ist." Demnach gehören zu den Völkern mit nationaler Lebenskraft, zu den wirklich souveränen Staaten des Kontinents, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Finnland, Polen und Jugoslawien. Die Tschechei besann sich noch in letzter Minute auf ihre nationale Würde.... Russland kämpft für die Erhaltung des Nationalismus in Europa, und die Internationale ist eine Angelegenheit der Geschützen und Massenversammlungen geworden. Der Nationalismus nimmt verunglückte Kriege zur Grundlage seiner politischen Konzeption - von Seiten der betont souveränen Staaten, von den "Völkern mit nationaler Lebenskraft". Sollte Deutschland demnach sehr spät eine Hilfeleistung zu erwarten.

+ +

Meissner Porzellan für die Sowjetunion

Die gesamte Produktion der weltberühmten Meissner Porzellan Manufaktur, die seit dem August 1946 unter der Leitung der russischen Militärverwaltung steht, geht nach einem Bericht des Korrespondenten der "New York Herald Tribune" in die Sowjetunion. Die Firma beschäftigt jetzt wieder ungefähr die gleiche Arbeiterzahl wie vor dem Kriege, doch beträgt die Produktion nur noch 80% des Friedensvolumens, da es an gelernten Facharbeitern mangelt. Doch immer werden die bekannten Drachen- und Zwiebelmuster verwendet, doch sind auch neue Modelle für Speise- und Teeservice geschaffen worden. Der Leiter der Porzellanmanufaktur Meissen ist ein gewisser Michail Flerod aus Moskau. (m/Blo/187/-/ha)

Verantwortlich: Peter Raunau, Hannover